

14.04.2020

Afrikanische Entwicklungsbank reagiert auf die Corona-Pandemie

2 Millionen US-Dollar Nothilfe für die WHO

(GTAI) - Auch wenn COVID-19 erst spät in Afrika eintrifft und die Fallzahlen Anfang April 2020 im weltweiten Vergleich noch relativ gering sind, breitet sich das Virus auch hier aus und belastet die ohnehin schwachen Gesundheitssysteme.

Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) reagierte Ende März 2020 mit ersten konkreten Maßnahmen, welche die Effekte der Pandemie in Afrika abschwächen sollen.

Zur Unterstützung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) genehmigte der Verwaltungsrat der AfDB am 31. März 2020 Nothilfe in Höhe von 2 Millionen US-Dollar für die Organisation. Diese unterstützt mit den Mitteln afrikanische Staaten dabei, die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern. Konkret stärkt die WHO mit dem Geld unter anderem die Kapazitäten von 41 afrikanischen Ländern in der Infektionsprävention sowie bei Tests und Behandlungen.

Bereits am 26. März 2020 hatte die AfDB eine dreijährige Sozialanleihe mit einem Volumen von 3 Milliarden US-Dollar aufgenommen. Der Erlös von "Fight COVID-19" soll dazu beitragen, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie auf die afrikanischen Staaten und Unternehmen abzumildern. Es handelt sich um den bisher größten auf den internationalen Kapitalmärkten aufgelegten Sozialen Wirkungskredit.

Akinwumi Adesina, Präsident der AfDB, kündigte am 27. März 2020 eine "umfassende Reaktion" der Bank an und fügte hinzu: "Wir sind für Afrika da, und wir werden den Ländern rasch und in erheblichem Umfang Unterstützung zukommen lassen". Weitere Details wurden hierzu noch nicht bekannt gegeben.

Weitere Informationen: <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/afrika/corona-hilfe-der-afrikanischen-entwicklungsbank-236602>

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Africa Business Guide

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.